

Pflegeberufe aufwerten

Tauziehen um die geplante generalistische Pflegeausbildung

Ein heftiger Streit tobt um die von der Bundesregierung geplante Reform der Pflegeausbildung. Streitpunkt ist die sogenannte generalistische Pflegeausbildung, also die gemeinsame Ausbildung von Alten-, Kinder- und Krankenpflegekräften. Mit einer öffentlichen Initiative wirbt der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, für die neue Pflegeberufsausbildung. Innerhalb der Caritas zeichnen sich Unterstützung und viel Sympathie für das Reformvorhaben ab.

Der Diözesan-Caritasverband Paderborn unterstützte die Initiative des Pflege-Bevollmächtigten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, mit der er noch einmal ausdrücklich für eine Zusammenlegung der bislang getrennten Ausbildungen in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege warb. Diese sogenannte generalistische Ausbildung war zuletzt auf Kritik gestoßen, die das Gesetzesvorhaben gefährden könnte. Insbesondere in den Reihen der Altenpflege wird befürchtet, dass mit diesem Gesetz die Hürden für mögliche Bewerber(innen) zu hoch gelegt werden. Doch gerade für die Altenpflege „sollten alle ein Interesse daran haben, sie aus ihrem Aschenputtel-Dasein zu befreien“, betonte Staatssekretär Laumann. „Denn wir werden den Pflegeberuf nur dann interessanter machen, wenn wir den Schulabgängern eine Ausbildung auf hohem Qualitätsniveau bieten, die sie auf

immer älter und multimorbider werdende Menschen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen vorbereitet.“ Die Ausbildung müsse bessere Berufsperspektiven und Einsatzmöglichkeiten bieten als heute. Und: „Es muss endlich Schluss sein mit dem Schulgeld in einem Mangelberuf.“

Auch der Caritasverband für das Bistum Aachen begrüßte die Pläne zur gemeinsamen Pflegeausbildung. „Auch wenn viele Details für den neuen Ausbildungsberuf noch geklärt werden müssen, sind wir davon überzeugt, dass entgegen den befürchteten und vielfach beschriebenen Qualitätsdefiziten durch die gemeinsame Ausbildung nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an Wissen in die Ausbildung kommt“, sagte Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders.

Erfolgreiche Modellprojekte

Modellprojekte zur gemeinsamen Ausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Altenpflege hätten gezeigt, dass schon heute mehr als 80 Prozent der Ausbildungsinhalte identisch seien, betonte Schröders. „Auch die ersten zwei Jahre der Ausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege finden seit einigen Jahren gemeinsam statt. Wenn Pflegewissen und Pflegeprozess richtig verstanden und erlernt sind, wird den Absolventen der Transfer des Wissens in die unterschiedlichen Praxisfelder auch gelingen. Wer sich für den Pflegeberuf entscheidet, kann sich weiterentwickeln“, sagt der Diözesan-Caritasdirektor. Der Zugang zu der interessanten und vielfältigen Ausbildung stehe jedem offen.

Die Möglichkeit, die Ausbildung zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann an einer Hochschule zu absolvieren, eröffne weiterführende Berufsperspektiven. „Karriere in der Pflege ist jetzt möglich. Da zukünftig 70 Prozent der Schulabsolventen Abitur haben, darf beim drohenden Fachkräftemangel diese Zielgruppe nicht aus dem Blick gelassen werden“, sagte Schröders.

Auch der Caritasverband für das Bistum Essen positionierte sich für eine gemeinsame Pflegeausbildung. „Die Reform ist eine große Chance, die nicht vergeben werden darf“, so Caritasdirektor Andreas Meiwes. Die Weiterentwicklung der getrennten Ausbildungen der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege hin zu einer einheitlichen Pflegeberufsausbildung sei die richtige Antwort auf den Fachkräftemangel, so Meiwes. Schon jetzt seien in vielen Einrichtungen vertiefte medizinisch-pflegerische Kenntnisse für eine komplexe Behandlungspflege erforderlich. Zugleich steige in den Krankenhäusern der Anteil pflegebedürftiger und demenziell erkrankter Patientinnen und Patienten stark an. „Nur eine breit ausgerichtete Ausbildung qualifiziert zur Pflege von Menschen aller Altersphasen und Lebenssituationen – egal in welchem Bereich“, so Meiwes. Inhalt und Finanzierung der neuen Ausbildung müssten so gestaltet werden, dass das neue Berufsbild die Pflegequalität in allen Bereichen sicherstelle und gleichzeitig attraktiv für junge Menschen mache. „Pflege braucht ein breites und durchlässiges Bildungssystem, um jungen Menschen neue Karrierewege zu eröffnen“, so Meiwes. ◀ Hintergrundinformationen und ein Positionspapier zur Generalistik gibt es unter www.vkad.de.

M. Lahrmann

„Caritas in NRW – AKTUELL“
ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527



Bedrohte Frauen brauchen auch Schutz vor Cybergewalt

Konferenz der Frauenhäuser hofft auf Unterstützung der Landesregierung bei Vorkehrungen gegen digitale Gewalt

Vor der Zeit der Smartphones boten Frauenhäuser Schutz an geheim gehaltenen Adressen. Heute muss als Erstes die Ortungsfunktion des Handys deaktiviert werden, wenn eine Frau vor der physischen Gewalt geflohen ist. Dann kann sie erst einmal nicht mehr aufgespürt werden, aber der Gewalt in den sozialen Medien ist sie damit noch nicht entflohen.

Neue Herausforderungen stellen sich an die Mitarbeiterinnen in den Schutzeinrichtungen, wie auf der 4. NRW-Frauenhauskonferenz in Dortmund deutlich wurde. Technische, rechtliche und nicht zuletzt Fragen der Medienkompetenz und -ethik müssen beantwortet werden. Unterstützung dabei versprach die Staatssekretärin im NRW-Gesundheitsministerium, Martina Hoffmann-Badache: Dieser Problematik werde ein eigenes Kapitel im Landesaktionsplan „Gewalt gegen Frauen“ gewidmet werden. Die Formen der Cybergewalt sind vielfältig und reichen von der sexuellen Belästigung über Mobbing bis zu massiver Bedrohung. Sowohl die physische als auch die psychische Gesundheit ist davon bedroht, so Hoffmann-Badache. Gut drei Viertel der Opfer seien Frauen. Dabei sei das Internet kein rechtsfreier Raum und insofern zu überlegen, wie das Recht in diesem Bereich weiterentwickelt werden könne.



Staatssekretärin Martina Hoffmann-Badache sagte die Unterstützung des Landes NRW bei Cybergewalt zu. Fotos: Westbeld

Entsprechende Beschlüsse dazu seien auf der Ebene der Länderministerien gefasst und müssten jetzt umgesetzt werden.

Fluch und Segen der sozialen Medien zeigte die Hamburger Diplompädagogin Carmen Kerger-Ladleif an Zahlen auf. 51 Millionen Fotos würden jeden Tag in Deutschland bei Instagram hochgeladen, weltweit seien zu jeder Zeit 750 000 Pädokriminelle im Netz unterwegs, und 45 Prozent der Mädchen

und Frauen fühlten sich schon einmal online sexuell belästigt. Andererseits böten



Fluch und Segen der sozialen Medien zeigte Carmen Kerger-Ladleif auf der Frauenhauskonferenz in Dortmund auf.

die modernen Medien neue Kommunikationschancen. Doch dazu brauche es Medienkompetenz, für die der Grundstein früh gelegt werden müsse.

Denn auch Cybergewalt beginne früh und gefährde insbesondere Heranwachsende, so Kerger-Ladleif. Einmal geführte Chats oder hochgeladene Fotos und Videos seien nicht mehr oder nur unter hohem Aufwand wieder aus dem Netz zu entfernen. Da gebe es keinen Schutzraum mehr: „Digitale Gewalt ist dokumentierte Gewalt“, stellte Kerger-Ladleif fest.

Umso wichtiger ist Schnelligkeit. Die

Medienrechtlerin Astrid Ackermann aus Frankfurt empfahl den Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser, möglichst zeitnah Daten löschen zu lassen und dafür gegebenenfalls die Hilfe der Schwerpunktdezernate der Kriminalpolizei zu suchen. Insgesamt berühre Cybergewalt mehrere Rechtsbereiche und sei komplex. Die Möglichkeit einer straf- oder zivilrechtlichen Verfolgung scheitere häufig daran, dass die Täter nicht aufzuspüren seien.

Neben den rechtlichen Aspekten würden sich die Teams in den Frauenhäusern mit der Vorbeugung beschäftigen müssen, erklärte die Medienpädagogin Michaela Brauburger. Es müsse eine neue Haltung im Umgang mit den Medien entwickelt werden. Es gelte zum Beispiel, ein Foto nicht nur deshalb hochzuladen, weil das technisch möglich sei, sondern „es gerade nicht zu tun, obwohl es geht“. Verbreiteten sich neue Apps und Netzwerke, müssten die Mitarbeiterinnen sie nicht selbst nutzen, aber sich damit beschäftigen, um gegebenenfalls eingreifen oder vor Gefahren warnen zu können, so Brauburger. Hilfreich sei dabei, dass das Internet nicht nur Probleme verursache, sondern auch viele Informationen zu deren Lösung anbiete.

In der Konferenz der Frauenhäuser NRW haben sich die Wohlfahrtsverbände Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonie und Der Paritätische sowie die Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser in NRW zusammengeschlossen. 1976 wurde das erste Frauenhaus in NRW eröffnet. Jährlich bieten sie etwa 40 000 Frauen und Kindern Schutz. Eine gesicherte Finanzierung gibt es allerdings auch nach 40 Jahren noch nicht. Die Vertretung für die katholischen Frauenhäuser in NRW hat der Diözesan-Caritasverband Münster übernommen. ◀



Auf großes Interesse stieß das Thema Cybergewalt bei Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser aus ganz Nordrhein-Westfalen auf der 4. Frauenhauskonferenz NRW in Dortmund.

Kurberatungsstellen vor dem Aus

Paderborn – Die mangelnde Finanzierung von Kurberatungsstellen etwa für Mutter-Kind-Kuren hat die Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung im Erzbistum Paderborn kritisiert. Im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Burkhard Blienert (SPD) sagte Geschäftsführer Klaus Tintelott, es gebe keinerlei finanzielle Absicherung der Kurberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände: „Sie fallen durch alle Finanzierungsnetze.“ Die Arbeitsgemeinschaft habe deshalb einen Vorschlag für eine Gesetzesänderung gemacht, der nun vom Deutschen Müttergenesungswerk weiter beraten werde. Blienert begrüßte die Paderborner Initiative. Die Kurberatungsstellen erfüllten eine wichtige Funktion auf dem Weg zu einer stationären Vorsorge- oder Rehamaßnahme und benötigten eine gesicherte Finanzierung, sagte er. In der Vergangenheit seien die Kurberatungsstellen durch eine Quersubventionierung finanziert worden, erklärte Tintelott. Dies sei nun nicht mehr möglich. „Somit ste-

hen viele Kurberatungsstellen vor dem Aus.“ ◀ (cpd)

Getrennte Unterbringung

In einer Gemeinschaftsunterkunft halten die Malteser Werke eine getrennte Unterbringung von Asylbewerbern nach Herkunft oder Religionszugehörigkeit für sehr sinnvoll. „Das ist ganz wichtig“, sagte der Leiter des nordrhein-westfälischen Migrationsbüros der Hilfsorganisation, Kai Jatzenko. Eine solche Unterbringung werde in den Malteser-Unterkünften seit den 1990er-Jahren nach Möglichkeit praktiziert. ◀ (KNA)

KiBiz: Nicht kostendeckend

Paderborn – Der Diözesan-Caritasverband Paderborn begrüßt die angekündigte Erhöhung der Kindpauschalen für Kindertageseinrichtungen durch das Land zum neuen Kindergartenjahr. Die Erhöhung von 1,5 auf 3 Prozent könne aber nur ein erster Schritt sein, sagte Kita-Referatsleiterin Inge Schlottmann. Die tatsächlichen Kostensteigerungen würden dadurch nicht aufgefangen. Ein-

dringlich gefordert wurde eine weitere Erhöhung der Finanzierung. „Die vom Land geplante Erhöhung reicht nicht aus“, betonte Schlottmann. Die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse der vergangenen Jahre stellten große zusätzliche Anforderungen an die Tageseinrichtungen für Kinder, sagte Schlottmann. Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) müsse deshalb dringend angepasst werden, forderte sie. ◀ (cpd)

Kita-Schließungen angekündigt

Essen – Aus finanziellen Gründen gibt das Bistum Essen zehn seiner 270 Kitas auf. Der Betrieb solle in den kommenden zehn Jahren ohne betriebsbedingte Kündigungen auslaufen, wie der Kita Zweckverband ankündigte. Auch wenn die Landesmittel zum 1. August erhöht würden, reichten die Mittel zur Kostendeckung nicht aus, so die Begründung. Der Eigenanteil der katholischen Kindergärten im Ruhrbistum beläuft sich laut Zweckverband offiziell auf 12 und tatsächlich auf 16 Prozent. ◀ (KNA)

Recht bekommen – aber Pech gehabt

Caritas: Reform des ALG II reduziert Bürokratie und schafft neue Ungerechtigkeiten

Wenn die Regelungen zu Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe tatsächlich wie angekündigt weniger bürokratisch und damit bürgerfreundlicher werden, ist das ganz im Sinne der Caritas im Bistum Münster. Doch der im Bundeskabinett jetzt beratene Gesetzentwurf enthält auch eine Reihe von Verschärfungen und löst nicht alle altbekannten Probleme.

„Eine Entschärfung der möglichen Sanktionen bei jungen Erwachsenen ist für die Caritas vordringlich“, benennt Helmut Flötotto, Referatsleiter Soziale Arbeit im Diözesan-Caritasverband Münster, ein Problem. Bei einer Einschränkung der Leistungen drohe der Verlust der Wohnung. Geplant ist auch, dass die Empfänger von Arbeitslosengeld künftig keine Nachzahlungen bekommen, auch wenn die Gerichte den Bedarf grundsätzlich für zurückliegende Zeiträume anerkennen. „Recht bekommen, aber Pech gehabt“, kritisiert Flötotto die aus Sicht der Caritas unfaire Absicht. Problematisch bleibe, dass der angemessene Be-

darf für Heizung nicht geklärt sei. Wenn die Kommunen künftig pauschale Obergrenzen für Miete und Heizkosten einführen könnten, bleibe diese Frage ungelöst. „Dies wird zu neuen Rechtsstreitigkeiten führen“, ist Flötotto sicher.

Kritisch sieht die Caritas, dass wichtige Fragen im Gesetzgebungsverfahren nicht angegangen werden. „Viele Langzeitarbeitslose werden nach wie vor in einer Parallelwelt fern der Praxis gefördert“, kritisiert Flötotto. Das Ziel, sie wieder in Arbeit zu bringen, könne nur gelingen, wenn dies in der realen Arbeitswelt geschehe.

Es gebe im Entwurf allerdings auch posi-

tive Ansätze, zum Beispiel, dass das ALG II künftig nur noch jährlich beantragt werden müsse. Zu begrüßen sei auch, dass junge Erwachsene mit hohem Förderbedarf intensiver bei der Berufsorientierung beraten werden sollen, so Flötotto. ◀ (cpm)

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,
Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln,
Münster und Paderborn, vertreten durch Diöze-
san-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrman

Abo-Fragen: Kevin Jandrey, Tel.: 02 11/51 60 66 20,
E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20,

E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

ClimatePartner
klimaneutral

Zertifikatsnummer:
53323-1301-1007
www.climatepartner.com

„Nicht mit Armut abfinden“

Maßnahmen gegen Armut und gesellschaftliche Ungleichheit gefordert

Die Caritas im Bistum Essen fordert Lösungen im Kampf gegen die Armut im Ruhrgebiet. Sie gefährde die Solidarität in der Region, erklärte Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes. Weil Arbeitslosigkeit die Hauptursache von Armut sei, müsse ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt geschaffen werden. Nach Untersuchungen liegt die Armutsquote im Ruhrgebiet bei 20 Prozent.

Meiwes bezeichnete die Situation in vielen Stadtteilen des Ruhrgebiets als „Sozialfrustration“. Das Gefühl, ohne Chancen oder nicht gewollt zu sein, dränge Menschen in die Selbstisolation. „Ganze Bevölkerungsgruppen sind abgehängt und haben aufgegeben. Ein Kreislauf, der sich auf nachfolgende Generationen überträgt“, so der Caritasdirektor.

Wichtig ist laut Meiwes der Einsatz für benachteiligte Kinder. Denn jedes vierte Kind im Ruhrbistum wachse in Armut auf. „Wie fast in keiner weiteren Region in Deutschland bestimmen das soziale Milieu und der Wohnort maßgeblich die Bildungschancen von Kindern.“ Für die Chancengerechtigkeit für Kinder müssten deshalb Bildung, soziale Stadtentwicklung, Stadtplanung und Familienpolitik zusammenwirken.

Angesichts der Flüchtlingssituation warnte Meiwes zudem vor einem Kippen der Stimmung. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die

Not der einen mit den Sorgen der anderen verglichen wird.“ Es werde womöglich Auseinandersetzungen um die knappen Ressourcen geben. Deshalb müsse dringend nach Lösungen gesucht werden, damit nicht jede belegte Turnhalle den „derzeit noch herrschenden gesellschaftlichen Konsens“ infrage stelle.

nak-Sprecher: „Flüchtlinge nicht für Lohndumping missbrauchen“

Auch die Nationale Armutskonferenz (nak) warnte vor jeder weiteren Verschärfung der politisch bedingten Ungerechtigkeit in der Gesellschaft. Immer mehr Menschen aus unteren Einkommenschichten hätten in zahlreichen Branchen nur noch Zugang zu Minijobs und Teilzeitarbeit, kritisierte Dr. Frank Joh. Hensel, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz und Kölner Diözesan-Caritasdirektor. Da sei es wichtig, dass sich die Große Koalition jetzt auf einen Mindest-

lohn auch für Flüchtlinge verständigt habe. „Wir dürfen die Flüchtlinge nicht für ein Lohndumping missbrauchen“, sagt Hensel. Deutschland trenne bereits jetzt eine tiefe Kluft: Trotz guter Konjunktur stagnierten seit Jahren die Löhne in den unteren Lohngruppen. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und Leiharbeit verstärkten diesen Effekt, so dass Arbeit längst kein Garant mehr sei zur Existenzsicherung oder gar für Wohlstand. Auch bei der Vermögensverteilung täten sich Abgründe auf. „Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland verfügen über genauso viel Vermögen wie drei Viertel aller Deutschen zusammen. Die fünf reichsten Personen haben sogar genauso viel wie die unteren 40 Prozent – nämlich sagenhafte 101 Milliarden Euro“, so Hensel.

Jedes fünfte Kind in Deutschland wachse in einer einkommensarmen Familie auf. Diese soziale Schieflage wirke sich massiv auf die Bildungs- und Zukunftschancen benachteiligter Kinder aus. In kaum einem anderen europäischen Land sei Bildung so eng an die soziale Herkunft gekoppelt wie in Deutschland. „Es ist überhaupt nicht akzeptabel, dass Kinder so benachteiligt sind und praktisch schon früh und dauerhaft abgehängt werden“, so Hensel. Schuld daran seien Versäumnisse und fatale Entscheidungen auf politischer Ebene. ◀